



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

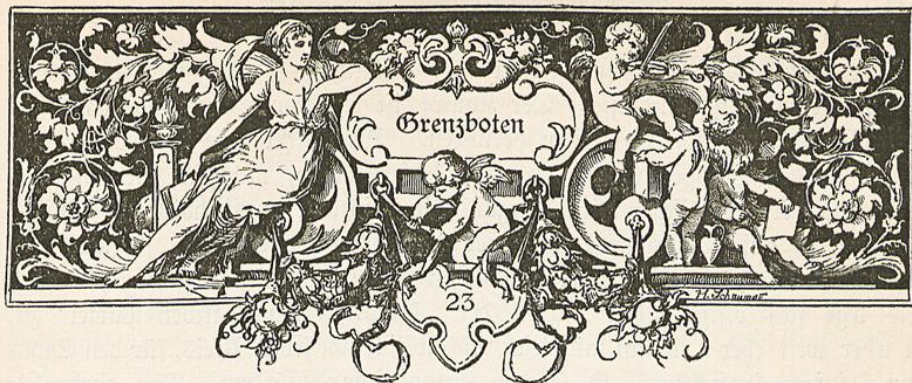
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die kirchlichen Verhältnisse in Österreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die kirchlichen Verhältnisse in Osterreich



Die Stellung der Deutschen in Osterreich wird durch nichts so sehr erschwert, als durch den Gegensatz, worin sich die Leiter der katholischen Partei zu den Trägern des nationalen Gedankens unter den Deutschen befinden. Wir können nur von einer „katholischen Partei“ sprechen, weil der Ausdruck „katholische Kirche“ nicht anwendbar ist. Zu der Kirche, von der die Gesamtheit aller in Osterreich lebenden Katholiken nicht getrennt gedacht werden kann, müssen sich auch die Gegner der sogenannten „Klerikalen“ zählen, so lange sie mindestens durch Taufe und Trauung, durch Teilnahme am katholischen Gottesdienste und Religionsunterricht ihre Zugehörigkeit zu dieser Religionsgenossenschaft öffentlich bekennen. Über rein kirchliche Angelegenheiten besteht auch kaum ein Streit. Mit Ausnahme der „Unfehlbarkeit,“ die im wesentlichen doch nur organisatorische Bedeutung hat, erfahren die Dogmen wenig Anfechtung, kein Gottesdienst, kein religiöser Aufzug wird gestört, kein Bistum, keine Pfarre, kein Kloster im Bestande gefährdet, man freut sich allgemein an dem Entstehen neuer, mit künstlichem Geschmack ausgeführter Gotteshäuser, man schätzt und ehrt die kirchliche Kunst in allen ihren Richtungen, die Volksvertretung bemüht sich mit seltner Eintracht, auch die materielle Lage der niedern Geistlichkeit nach Kräften zu verbessern, obwohl dies von manchen hohen Kirchenfürsten viel besser und ausgiebiger besorgt werden könnte; anderseits wendet auch die Kirche gegen ihre lauen und widerstrebenden Glieder keine von allen jenen harten Strafen an, die in ihrer Macht stehen, zu deren Handhabung sie sogar verpflichtet ist. Wir hören nichts von Bann und Exkommunikation, selten von Entziehung der Sterbesakramente oder von Verweigerung der kirchlichen Trauung wegen Zweifeln

an der Glaubensfestigkeit von Braut oder Bräutigam — kurz man macht von beiden Seiten Zugeständnisse. Der Kampf ist nur dort entbrannt, wo sich geistliche und weltliche Interessen berühren. Die „katholische Partei“ braucht nicht für den geistigen Gehalt der katholischen Lehre, nicht für die Aufrechterhaltung der katholischen Kirchenorganisation einzutreten, sie will den Einfluß des Klerus auf eine Anzahl weltlicher Einrichtungen erhöhen, sie will das gesamte private und öffentliche Leben mit religiöser Gesinnung durchdringen. Sie legt sich offiziell den Namen der „katholisch-konservativen Partei“ zu, ist aber weit eher „radikal-katholisch,“ katholisch um jeden Preis, für den Staat nur insofern interessirt, als er den Katholizismus fördert. Von einem bedingungslosen Austriazismus kann bei den österreichischen Klerikalen nicht die Rede sein, nicht die Familie Habsburg an und für sich, sondern nur die dem Papsttum treugebliebene und stets ergebene Dynastie wird von ihnen geschätzt und unterstützt, bei jeder leisen Schwankung der Kirchenpolitik der Habsburger hat sich ein sehr deutliches Grollen, Murren und Drohen der Papisten vernehmen lassen. Wenden wir uns der andern politischen Richtung zu, deren Beziehung zu den kirchlichen Verhältnissen wir erörtern wollen, so meinen wir unter den Trägern des nationalen Gedankens unter den Deutschen selbstverständlich nicht die, die sich nur deshalb der deutschen Sprache bedienen, weil es zu ihrem Bedauern noch keine österreichische giebt, nicht die, die das Deutschtum „hochhalten,“ weil und so lange es die Stütze des österreichischen Staates ist, nicht die, die an allerhöchster Stelle, so oft sie nur zu Gehör kommen, sich die Versicherung abzugeben beeilen, sie seien zwar Deutsche, aber daneben gewiß auch so ausgezeichnete Österreicher, daß kein Tscheche mit ihnen wetteifern könne, und sie würden — wenn man sie nur dazu kommen ließe — mit den Deutschnationalen schon fertig werden; nein, diese vornehmen Patrioten, diese staatsmännischen Naturen, die heute noch die letzten Strahlen ihres Ruhmes auf die vereinigte deutsche Linke fallen lassen, bevor sie samt dieser oftmals umgetauften, aber in ihrem Werte unveränderten „Staatspartei“ in das Meer der Vergessenheit sinken, wollen wir ihrer eignen Bewunderung überlassen, in der sie gewiß außerordentliches leisten; die ehrlichen Deutschen haben mit ihnen nichts andres zu thun, als sie zu bekämpfen, und zwar mit jenem Angestüm und jenem heiligen Born, den die geschäftsmäßige Heuchelei notwendig hervorrufen muß. Wir meinen jene Deutschen in Österreich, die es immer und unter allen Umständen sind, mit oder ohne eine bestimmte Staatsform, mit oder ohne Habsburg, womöglich aber mit ihm, die von niemand verlangen, daß er um ihretwillen oder um des Staates willen seine Nationalität verleugne, die sich aber auch ihrerseits für nichts andres als für Angehörige der deutschen Nation anzusehen vermögen und dies mit Freude und Stolz immerdar thun, die sich auch nicht scheuen, diese Gesinnung ihrem angestammten Fürstenhause gegenüber offen zu bekennen und den Standpunkt zu vertreten, daß dieses von ihnen

heute nichts andres verlangen könne, als damals, wo es die Herrschaft in diesen Landen antrat. Für diese Deutschen also, die, frei von allen Großmachtsträumen, nur an dem festhalten, was ihnen wie jedem andern gebührt, die nichts anstreben als ihr nationales Recht, ist es schmerzlich, ihr eigenes Volk in Parteien zerrissen zu sehen. Es ließe sich darüber hinwegkommen, daß innerhalb der sogenannten intelligenten Klassen Meinungsverschiedenheiten über Schutz Zoll und Freihandel herrschen, daß die einen dem Juden offen die Freundschaft kündigen, während die andern die Faust in der Tasche gegen ihn ballen, daß die Formen noch nicht gefunden sind, durch die die Produktion geregelt und dem Arbeiter der ihm gebührende Anteil an dem Gewinn derselben gesichert werden soll; aber es ist für eine nationale Partei unerträglich, wenn sie im Kampfe für die Ehre und Selbständigkeit des Volkes von dem zahlreichsten und kräftigsten Teile desselben allein gelassen wird, wenn sie schwach und verkümmert gegen mächtige Gegner in die Schranken treten soll. Freilich, die ganz klugen Politiker, die alles zu gleicher Zeit erreichen zu können vermeynen, die verlangen die historisch begründete Vorherrschaft der Deutschen über Tschechen, Polen, Slowenen, Magyaren gleichzeitig, während sie sich kaum gegen die Angriffe eines einzigen dieser Völker mit Erfolg zu wehren vermögen, und halten es noch obendrein für angezeigt, den Vertretern der eignen Bauernschaft auf alle von ihnen gestellten Forderungen die entschiedenste Verneinung entgegenzuhalten. Sie schmieden Programme nach alten Rezepten, werfen sich voll Gesinnungstüchtigkeit und Konsequenz in die Brust und sehen dabei ruhig zu, wie ihre Gegner eine Position nach der andern erringen, sie halten das für echt deutsch, wenn auch der Zusammenhang der Gesamtheit der Deutschen in Oesterreich immer mehr gelockert wird. Es lebe Rechthaberei und Eigendünkel, wenn auch die Nation darüber zu Grunde geht!

Die deutsche, nationale Partei wird so lange den slavischen Nationalparteien nicht gewachsen sein, so lange sie nebst der nationalen Unabhängigkeit der Deutschen in Oesterreich auch noch bestimmte Verfassungsformen, staatliche Traditionen retten und befestigen will, und so lange es ihr nicht gelingt, alle Klassen des Volkes unter ihrem Banner zu vereinen. Um dies zu erreichen, ist es durchaus nicht notwendig, daß die deutschen Nationalen insgesamt ins ultramontane Lager übergehen. Davon sind auch die slavischen Nationalen ziemlich weit entfernt. Der Bauer ist kein blinder Fanatiker, er wird weder verlangen, daß Oesterreich für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes einen Krieg mit Italien beginne, noch daß die Jesuiten zur Leitung der Universitäten berufen werden. Die Beschlüsse der Katholikentage lassen die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit ziemlich kalt. Auf deren Programme und Resolutionen hin wird man sie nicht zur Wahlurne treiben. Aber sie verlangt weitergehende Erleichterungen im Schulbesuche, Einschränkung des Lehrstoffes in den Volksschulen und vor allem Bürgerschaft dafür, daß die Kinder

im Alter von sechs bis zwölf Jahren durch Mangel an Übereinstimmung zwischen dem Religionsunterrichte und den weltlichen Lehrgegenständen nicht in ihrem Glauben erschüttert werden.

So weit glauben nun viele gut national gesinnte Männer in Deutschösterreich nicht gehen zu können, sie halten die Gefahr, die dem Volke durch die Befestigung des Einflusses der katholischen Geistlichkeit erwachsen kann, für größer als die, die aus der Spaltung zwischen Bürgertum und Bauernstand, aus dem stets zunehmenden Mißtrauen hervorgeht, mit dem sich die arbeitenden Klassen gegenseitig beobachten. Erneuerung des Konkordats, Überflutung der österreichischen Volksschulen mit Schulbrüder nach Art der frères ignorantins in Belgien, Herabsetzung des Bildungsniveaus der Gesamtheit scheinen ihnen die unvermeidlichen Folgen jedes Nachgebens gegen die Wünsche der ländlichen Bevölkerung hinsichtlich der Schule zu sein. Von dieser Überzeugung erfüllt, setzten die Liberalen mit den ihnen zugänglichen Agitationsmitteln zuerst einen Sturm gegen den Schulantrag des Prinzen Liechtenstein in Szene und demonstrieren neuerdings gegen die vom Ministerium vorgelegte Schulnovelle. Dabei werden immer von neuem die teils zutreffenden, teils falschen Beweisgründe für die Notwendigkeit schlechterdings unveränderter Beibehaltung der Schulgesetze von 1869 mit großer Leidenschaftlichkeit vorgebracht, und vor der großen Menge, die immer für den Widerspruch an sich am meisten eingenommen ist, wird als Haupttrumpf die Behauptung ausgespielt, daß die Erhaltung der Schulgesetze eine rein nationale Forderung sei, von der die Deutschen um ihrer Eigenart willen nicht abgehen könnten.

Daraus ergibt sich nun zweierlei: erstens eine weitere Trennung der in der Opposition befindlichen Deutschen von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bauern, deren Vertreter heute zur Schmach und zum Schaden der Nation mit deren Feinden Hand in Hand gehen. Es hatte sich in den letzten Jahren in vielen Gegenden schon zum Bessern gewendet, die geistlichen Abgeordneten hatten es den Bauern kaum mehr begreiflich machen können, daß sie immer nur für Tschechen und Slowenen eintreten müßten; wer Auge und Ohr für das Leben und die Stimmung im Landvolke offen hat, konnte wahrnehmen, daß bei so manchem klerikalen Wähler ein Umschwung im Werke war, der vornehmlich auf einem gewissen, dem bäuerlichen Wesen entsprechenden Selbstgeföhle beruht, das sich dagegen sträubt, daß andre es ihm gleich oder gar zuvor thun wollen. Wenn man die kirchlichen Fragen ganz aus dem Spiele gelassen und die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben hätte, dem Bauern in den ihn allein berührenden Fragen der Schulverwaltung Recht zu geben, so wäre es nicht unmöglich gewesen, daß die bäuerlichen Vertreter bei den nächsten Reichsratswahlen Zugeständnisse hinsichtlich ihrer nationalen Haltung hätten machen müssen. Hauptsächlich aus dem Grunde, weil den klerikalen Hezern die Nahrung für ihre Agitation gegen die Deutschnationalen auszugehen

drohte, haben sie den taktischen Vorstoß mit dem Antrage Liechtenstein gemacht. Und nun haben sie ihren Zweck vollkommen erreicht. Die Opposition schwelgt in Einigkeit und läßt sich hinreißen, alle Forderungen der katholischen Partei, gerechte und ungerechte, in Bausch und Bogen abzulehnen. Die Heze mit Demonstrationen und Petitionen geht nun auf beiden Seiten frisch und fröhlich wieder an. Beschuldigungen der härtesten Art schwirren hin und wieder, die liberalen Städte und Märkte kämpfen im guten Glauben für ihr Deutschtum, und die Bauern werden den Ultramontanen mit Gewalt in die Arme getrieben.

Zweitens wird durch die schroffe Haltung der Deutschen in der Schulfrage auch die Kraft der slawischen Majorität gefördert, die heute noch die Deutschen schädigt, wo sie nur kann. Eine entgegenkommende Behandlung der Schulgesetze hätte vielleicht den Weg zu einer Verständigung mit den Alttschechen geebnet, die in ihrer Bedrängnis durch die taboritischen Jungtschechen am ehesten zu einzelnen Zugeständnissen auf nationalem Gebiete geneigt wären, wenn man sich im übrigen auf einen konservativeren Standpunkt stellte. Statt dessen liebäugelt das einige Deutschtum mit den internationalen Demokraten, wie Kronawetter, und mit den Jungtschechen, die bereits den Vernichtungskrieg gegen die Deutschen gepredigt und ihrem Haffe gegen sie in der unanständigsten Weise Ausdruck gegeben haben. Welche widernatürlichen Szenen haben die liberalen Deutschen im Abgeordnetenhause bei Gelegenheit der letzten Rede Eduard Gregrs aufgeführt!

So geht es mit der nationalen Politik der Deutschen in Österreich nicht einen Schritt vorwärts, aber viele Schritte zurück. Von einer Zusammenfassung aller Kräfte zur Verteidigung des Notwendigen und zur Erreichung eines gesicherten Einflusses auf die Regierung ist man weiter als je entfernt. In allen Lagern wird gegen Windmühlen gekämpft, und dabei verringert sich das Interesse eines großen Teiles der gebildeten Klassen am politischen Leben zusehends. Für ein kluges Nachgeben auf der einen Seite, um dafür alle Macht auf der andern in die Wagschale werfen zu können, giebt es unter den Deutschösterreichern kein Verständnis. Die Hindeutung, die der Schöpfer der Schulgesetze, Herr von Hasner, mit der Bemerkung gemacht hat, er würde, um die lex Liechtenstein zu vermeiden, nötigenfalls die ganze Schulgesetzgebung den Landtagen überweisen, diese gewiß nicht unbedachte Billigung eines Rückzuges der Deutschen auf den Föderalismus, ist beinahe ungehört verhallt, sie scheint in dem Kreise der aktiven Staatsretter der Opposition niemand Stoff zum Nachdenken gegeben zu haben. Auch hat sich unter den vielen Rednern, die bei den Tubelfesten zur Verherrlichung der Gesetze von 1869 auftraten, noch keiner angeregt gefunden, die Frage aufzuwerfen, in welcher Weise man die Interessen der katholischen Kirche in der Schule befriedigen könne, ohne die nationalen Interessen zu verkürzen. Und doch läge hier der Angelpunkt der ganzen Bewegung. Unbedingte Achtung vor den streng kirchlichen Bedürfnissen,

Berücksichtigung der bäuerlichen Anschauungen, dagegen Abweisung aller politischen Ansprüche der Ultramontanen müßte der Grundsatz sein, auf dem sich die Deutschen zu einer wirklichen Macht im Staate erheben könnten. Den Kampf gegen die Kirche können und dürfen sie heute nicht führen.

Zu einer Umgestaltung der konfessionellen Verhältnisse ist die Gegenwart nicht geschaffen: alle darauf abzielenden Versuche sind gänzlich, mitunter schmähslich, gescheitert. Die Zeit des Glaubenswechsels ist vorüber, dazu fehlt die Tiefe und Sinnigkeit der religiösen Überzeugung. Man könnte es vom nationalen Gesichtspunkte wohl wünschenswert finden, daß die Deutschösterreicher Protestanten werden, aber man kann es heute weniger durchführen, als wenn man es noch mit der ganzen spanischen Inquisition zu thun hätte. Freilich dürfte bei einer darauf gerichteten Agitation in diesem oder jenem Städtchen die Bildung einer evangelischen Gemeinde zu erzielen sein; wen aber würde eine solche glaubenslose Gemeinde befriedigen, welches innere Leben wäre ihr beschieden? Von den Armen und Niedrigen aber, die ihrem Gott ihr Glend und ihre Sorgen zu klagen haben, die den Trost in bestimmten Verheißungen und in verständlichen Formeln vernehmen wollen, wären die Aufgeklärten, die sich eine Organisation nach evangelischem Muster schaffen wollten, für immer getrennt. Die katholische Kirche würde durch eine solche Bewegung selbstverständlich schwer getroffen; um sie hintanzuhalten, legt sie den Aufgeklärten auch so wenig Hindernisse in den Weg, als ihr gestattet ist; unschädlich machen aber würde man sie nicht, ihre Kraft würde nach wie vor dort liegen, wo sie heute liegt, in dem streng gläubigen Bauernstande. Sollte sich jemand vermessen, dreihundert Jahre nach der Gegenreformation im Zeitalter Darwins noch einmal reformiren zu wollen? Man wird sich wohl bescheiden müssen, auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse zu bleiben und diese so zu gestalten, daß die katholischen Priester, wenn sie ihre Stellung im Volke nicht selbst gefährden wollen, in den nationalen Angelegenheiten der Deutschen ebenso mit diesen gehen, wie sie es in Böhmen, Krain, Ungarn, Polen, ja selbst in Frankreich thun. Diese Aufgabe zu lösen wird jedoch nur derjenigen deutschen Partei gelingen, die auf den Kulturkampf verzichtet und den grundbesitzenden Teil der Bevölkerung vor allen andern zu befriedigen trachtet. An einem guten Vorbilde für diese Politik fehlt es nicht.

